

Das Fach «Wirtschaft und Recht» wird geschwächt

Experten warnen vor Folgen für die Studenten und den Wirtschaftsstandort durch die Maturareform

ANDREA MARTI

«Kultur der Mehrsprachigkeit», «Prozesse in der Umwelt», «Individuum und Gesellschaft»: Mit der Maturareform der Zürcher Gymnasien können Schülerinnen und Schüler in Zukunft auch neue Schwerpunktfächer wählen. Das heisst aber auch, dass wahrscheinlich einige der alten Schwerpunktfächer abgeschafft oder umgestaltet werden. Eines davon: «Wirtschaft und Recht».

«Wirtschaft und Recht» soll nach der Maturareform, die voraussichtlich 2029 in Kraft tritt, zwar zum Grundlagenfach erhoben werden. Als Schwerpunktfach aber wird es in zwei neuen Fächern angegliedert: zusammen mit Geschichte bei «Wirtschaft, Recht und Politik» und zusammen mit Geografie zu «Nachhaltige Gesellschaft», wie der Bildungsrat des Kantons Zürich im Vorschlag zur Ausgestaltung neuer Schwerpunktfächer schreibt.

Das kritisieren aber Lehrpersonen, die das Fach heute unterrichten. Kaspar Zellweger, Lehrer an der Kantonschule Büelrain in Winterthur, befürchtet, dass durch die Reform zu wenig Zeit für «Wirtschaft und Recht» bleibe. Er sagt: ««Wirtschaft und Recht» ist ein gesellschaftsrelevantes Fach, das man jetzt zu einem Birchermüeslifach machen will.»

Vorbereitung auf das Studium

Heute schliessen 21 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Matur mit dem Schwerpunkt «Wirtschaft und Recht» ab. Es ist der schweizweit am häufigsten belegte Schwerpunkt. Gleiches gilt für die dazugehörigen Universitätsfächer: Recht, Volks- und Betriebswirtschaftslehre sind die beliebtesten Studienfächer der Schweiz. Alleine an der Universität Zürich schliessen jedes Jahr 2500 Studierende ein Studium in einem der drei Fächer ab. Was heisst es also, wenn das Fach, das Studentinnen und Studenten auf die wichtigsten Studiengänge vorbereitet, in Zürich an Bedeutung verliert?

Über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler, die als Schwerpunkt «Wirtschaft und Recht» belegen, studieren danach auch eines der beiden Fächer: 40 Prozent schreiben sich nach der Matur an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ein, 20 Prozent an der rechtswissenschaftlichen.

Die Studierenden, die bereits «Wirtschaft und Recht» im Schwerpunkt am Gymnasium belegt haben, sind an der Universität in den entsprechenden Studiengängen erfolgreicher als jene mit



Im Fach «Wirtschaft und Recht» werden Gymnasiasten an die ersten ökonomischen Konzepte herangeführt.

KARIN HOFER / NZZ

fast allen anderen Schwerpunktfächern. Die einzigen Ausnahmen: die Schwerpunktfächer «Alte Sprachen» in Jus und «Physik und Anwendung der Mathematik» in der Wirtschaft.

Lehrer kritisiert neue Inhalte

Das hat Franz Eberle, emeritierter Professor für Wirtschaftspädagogik der Universität Zürich, in einer Studie festgestellt. Er sagt, dass durchaus relevant für den Studienerfolg sei, wie viele Fachkompetenzen die Schüler in ihrem Studienfach bereits hätten. «Schwächt man «Wirtschaft und Recht», wie es der Kanton Zürich plant, ist ungewiss, was das für den derzeit guten Erfolg Zürcher Studierender an der Universität bedeutet.»

Auch der Wirtschaftslehrer Kaspar Zellweger ist überzeugt: ««Wirtschaft und Recht» bereitet die Schüler auf das Studium vor. Es ist arbeitsmarktrelevant, dass Gymnasiasten grundlegende wirtschaftliche Abläufe verstehen.»

Zellweger geht noch weiter und kritisiert auch die konkreten Inhalte, die in den neuen Fächern thematisiert werden sollen. Dazu gehört beispielsweise

«Klimaökonomik» oder «Kreislaufwirtschaft». «Alles seriöse ökonomische Konzepte», sagt Zellweger, «die aber ohne das notwendige Grundwissen wolkig und ideologisch bleiben.»

Beide Pädagogen, Zellweger und Eberle, kritisieren dabei die grundsätzliche Herangehensweise für die Umge-

Es ist der schweizweit am häufigsten belegte Schwerpunkt. Gleiches gilt für die dazugehörigen Universitätsfächer.

staltung von «Wirtschaft und Recht». Das Ziel, die Schwerpunktfächer interdisziplinär zu gestalten, sei mit «Wirtschaft und Recht» schliesslich bereits erreicht. Denn inhaltlich seien bereits zwei Wissenschaften zusammengelegt, nur formal handle es sich um nur ein Fach. Wenn man nur deshalb

das Fach jetzt auch mit anderen Vertiefungen kombinieren wolle, schiesse das über das Ziel hinaus, findet Eberle. «Da müsste die Projektgruppe über die selbst gesetzten Regeln hinwegsehen und stattdessen inhaltlich evaluieren, welche Umgestaltung sinnvoll ist.»

Doch nicht nur Fachlehrer, auch Wirtschaftsverbände kritisieren den Plan für «Wirtschaft und Recht». Economie-suisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, befasst sich mit dem Thema. Nadine Wüthrich, Projektmitarbeiterin Bildung und Wirtschaftspolitik, sagt: «Die Reduktion gefährdet die Vorbereitung künftiger Fach- und Führungskräfte auf den Berufseinstieg.»

Die Kombination von «Wirtschaft und Recht» mit anderen Fächern, so Wüthrich, biete keinen Mehrwert, beeinträchtige aber die fachliche Tiefe. «Ein Rückbau dieses Schwerpunktfachs schwächt letztlich auch den Wirtschaftsstandort Zürich.»

Raphaël Tschanz von der Zürcher Handelskammer betrachtet die Reformpläne ebenfalls kritisch: ««Wirtschaft und Recht» wird dadurch abgewertet. Es ist aber wichtig, dass die heutigen Jugendlichen und damit die Angestell-

ten von morgen wirtschaftliche Zusammenhänge gut verstehen.»

Gut für Politikwissenschaft

Wer die Änderung befürwortet, sind die Politikwissenschaftler. Hanno Degner ist Studienberater am Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich. Er sagt: «Wir begrüssen die Umstellung sehr, weil Gymnasiasten dadurch früher mit Politikwissenschaften in Berührung kommen.»

Degner erhofft sich von der Erweiterung von «Wirtschaft und Recht», dass dadurch das Interesse von Gymnasiasten an Politikwissenschaften geweckt werden könnte. Degner erwartet aber nicht, dass Politologie-Studierende, die am Gymnasium «Wirtschaft, Recht und Politik» belegten, im Studium bessere Noten schreiben würden. Dafür reiche der Umfang schlichtweg nicht. «Für sozialwissenschaftliche Methoden und Theorien, wie sie im Politologie-Studium gelehrt werden, wird es kaum Platz geben.»

Bildungsrat verantwortlich

Wegen der Kritik von verschiedenen Seiten kommt es nun zu einer Diskussion über Kompetenzen in der Politik. Denn in der Frage, welche Fächer an Gymnasien unterrichtet werden, ist der Kantonsrat machtlos. Stattdessen entscheidet der Bildungsrat, ein Gremium aus acht Expertinnen und Experten unter der Leitung der Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte), das jeweils vom Kantonsrat gewählt wird.

Daran stört sich Rochus Burtscher, SVP-Kantonsrat. Er anerkennt zwar, dass Expertengremien manchmal durchaus sinnvoll seien. Über Lehrpläne, findet er aber, solle der Kantonsrat abstimmen können. Er sagt: «Diese Frage ist so wichtig, die muss politisch besprochen werden können.»

Der Bildungsrat, berichten auch andere Kantonsräte, agiere heute praktisch vollkommen isoliert vom Kantonsrat und von dessen zuständiger Kommission. Selbst Bildungspolitikern, so hört man aus dem Parlament, hätten mit den Mitgliedern des Bildungsrates nie zu tun. Burtscher sagt: «Der Bildungsrat ist eine Blackbox.»

Burtscher plant deshalb, mit anderen Parteien zusammen eine Anfrage an den Regierungsrat zu richten, um festzustellen, welche Möglichkeiten es gäbe, um die Kompetenzen zwischen Kantons- und Bildungsrat neu zu verteilen. Eine Antwort des Regierungsrats wird bis Mitte September erwartet.

ANZEIGE

Lokalmarkt
Support Your Local Business

Crowdfunding für
das Pionier-T-Shirt
der Zukunft

20-40%
Jetzt bestellen und fördern,
nur bis am 02. August

NEUMÜHLE
SWITZERLAND
neumuhle.ch



Auch Unternehmen können bald die Steuererklärung online einreichen

Die neue Plattform ist ab Mitte August zugänglich

ANDREA MARTI

Für Zürcherinnen und Zürcher ist es eigentlich längst selbstverständlich: Die Steuererklärung, die kann man online machen. Über die Hälfte der Steuerpflichtigen reicht ihre Unterlagen bereits übers Internet ein. Kein Ausdrucken, kein Zur-Post-Rennen. Nur: Für Unternehmen ging das bisher nicht. Das Tool für die Online-Steuererklärung war nur für natürliche Personen gemacht.

Das wird sich ab Mitte August ändern: Mit «ZH Corporate Tax» führt der Kanton Zürich für Unternehmen eine Plattform ein, über die sie alle ihre Unterlagen papierlos einreichen können.

Standardsoftware im Einsatz

«Die Einführung von «ZH Corporate Tax» ist ein wichtiger Schritt in der Digitalisierung des Zürcher Steuerwesens», sagt der Finanzdirektor Ernst Stocker

(SVP). «Die Steuerdeklaration für die Unternehmen auf dem Wirtschaftsstandort Zürich soll einfacher und effizienter werden.»

Damit können in Zukunft die fast 100 000 Unternehmen, die im Kanton Zürich ansässig sind, ihre Steuern digital einreichen. Für die Online-Steuererklärung nutzt der Kanton Zürich eine Standardsoftware, die auch in anderen Kantonen genutzt werden kann. Marina Züger, die Chefin des Zürcher Steueramts, sagt: «Damit können Unternehmen, die in mehreren Kantonen ansässig sind, ihre Steuern an allen Standorten unkompliziert in derselben Form einreichen.»

Der Kanton entwickelt das neue System bereits seit rund eineinhalb Jahren. Gekostet hat das Projekt etwas unter einer Million Franken.

Unternehmen, die ihre Buchhaltung bereits nach dem sogenannten XBRL-Standard führen, können bei der On-

line-Buchhaltung einfach ihre Bilanz hochladen. Die Steuersoftware zieht daraus dann alle notwendigen Angaben, um die Steuerformulare auszufüllen. Das langfristige Ziel davon ist, die Steuerverwaltung komplett durchgängig und ohne Medienbrüche zu organisieren. Dadurch soll die Steuererklärung nicht nur für die Unternehmen einfacher einzureichen sein, sondern auch für die Verwaltung einfacher zu bearbeiten.

Papierloser Prozess

Der Zugang zur Online-Steuererklärung erfolgt über das System «Agov» des Bundes, das eine Zwei-Faktor-Authentifizierung enthält. Dasselbe System kommt bereits bei der Online-Steuererklärung für Privatpersonen zum Einsatz. Eine Unterschrift ist für die Einreichung nicht mehr nötig, der gesamte Prozess funktioniert papierlos.

Die neue Online-Steuererklärung wird am 18. August aufgeschaltet werden. Weil die Frist zur Einreichung der Steuererklärung für Unternehmen nicht im Frühling endet, sondern erst am 30. September, können Unternehmen die neue Software bereits für die Steuererklärung 2024 nutzen.

Vergleich mit anderen Kantonen

Mitte August werden voraussichtlich rund 40 000 Unternehmen im Kanton ihre Steuererklärung noch nicht eingereicht haben. Diese Unternehmen werden am 18. August per Brief auf die neue Möglichkeit der Online-Steuererklärung hingewiesen werden. Die Steuerverwaltung rechnet damit, dass bei den Unternehmen die Quote der online eingereichten Steuerklärungen bei etwa 40 Prozent liegen wird. Das entspreche Erfahrungen aus anderen Kantonen, die bereits ähnliche Systeme entwickelt hätten.